

Kommunale Finanzen in Brandenburg: Verteilungskonflikte wachsen

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite steigen regional / rapide Einnahmeverluste absehbar / Steuerkraft gering / Spaltung des Landes droht

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Brandenburg ist in der Summe stabil. Die Kassenkredite sind im Gegensatz zum Bundesschnitt nur leicht gestiegen. Diesen Verbindlichkeiten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Risiken bestehen in den aktuell geringen Zinssätzen. Gewaltigen Herausforderungen sehen die Kommunen angesichts des auslaufenden Solidarpakts und den regional starken Bevölkerungsverlusten entgegen. „Einige Städte und Kreise sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen“, sagte Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Stiftung. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig sollte auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Brandenburg zum Stichtag (31.12.2011) betrug 2,27 Milliarden Euro. Das sind rund 130 Millionen Euro weniger als 2007. Die Kassenkredite sind von 766 Millionen auf 794 Millionen Euro gestiegen. Im Bundesdurchschnitt stiegen sie um die Hälfte. „Der im Vergleich geringe Anstieg ist nur ein scheinbarer Erfolg. Angesichts der kommenden Einnahmeverluste müssen die Kassenkredite so schnell als möglich abgebaut werden“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitverfasser der Studie. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden. Mit steigenden Kassenkrediten wird auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäude und sonstiger städtischer Infrastruktur enger. Gesunken ist das Volumen der Investitionskredite von rund 1,6 auf 1,5 Milliarden Euro. Die Kassenkredite machen bereits mehr als ein Drittel aller kommunalen Schulden aus. In Sachsen sind es nur 2 Prozent.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. In Brandenburg sind es 318 Euro.

Dramatisch sind in Brandenburg die großen regionalen Unterschiede zwischen berlinnahen und berlinfernem Raum. Ein gefährliches Niveau haben die Kassenkredite in den Landkreisen Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Prignitz erreicht (764, 435, 410 Euro pro Einwohner). In den Landkreisen Havelland, Oberhavel, Barnim, Dahme-Spreewald kommen Kassenkredite hingegen nicht vor. Besorgniserregend ist die Lage auch in Cottbus, Brandenburg und Frankfurt/Oder. Diese drei Städte tragen mehr als die Hälfte aller Kassenkredite im Land Brandenburg. Die Landeshauptstadt Potsdam ist hingegen frei von Kassenkrediten.

Derzeit profitieren die verschuldeten Gemeinden und Kreise von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Normalisierung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte Geißler. Die Bauausgaben der Kommunen lagen im Jahr 2011 pro Kopf leicht über dem Bundesdurchschnitt. „Dieses Niveau ist angesichts des auslaufenden Solidarpakts nicht haltbar“, so Geißler.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Brandenburg liegt hier mit 73 Prozent oberhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte Geißler.

Brandenburgs Kommunen sind struktur- und damit steuerschwach. Die Steuereinnahmen pro Einwohner liegen bei nur knapp 60 Prozent des Westniveaus. Mit Blick auf die Hebesätze der Grundsteuer B wird deutlich, dass die Brandenburger Gemeinden bundesweit am Durchschnitt liegen. Spürbare Steuererhöhungen wurden zwischen 2007 und 2011 in Cottbus und Frankfurt/Oder vorgenommen (50 und 44 Punkte). Den höchsten Hebesatz Brandenburgs führt die schuldenfreie Landeshauptstadt Potsdam mit 493 Punkten. Sie ist damit weit von den bundesweiten Spitzenreitern Leipzig und Dresden mit 650 und 635 Punkten entfernt. In den kreisangehörigen Gemeinden gab es kaum Veränderungen. Geißler dazu: „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise.“

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die hoch verschuldeten Kommunen allein kaum möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Geißler. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Gleichzeitig empfiehlt der Finanzreport eine gesetzliche Schuldenbremse auch auf kommunaler Ebene, um ein Abrutschen weiterer Gemeinden und Kreise in die Verschuldung zu verhindern.

Das Auslaufen des Solidarpaktes stellt die Kommunen in Brandenburg vor große Herausforderungen. Die Zuweisungen des Landes werden drastisch sinken. Die Steuerkraft bleibt gering. Eine Besonderheit Brandenburgs ist die gegensätzliche Bevölkerungsentwicklung im Berliner Umland und berlinfernen Gemeinden, die sich direkt in den Einnahmen widerspiegelt. „Die Konflikte zwischen den Kommunen werden steigen“, sagte René Geißler. „Angesichts der Perspektiven der Prignitz sind die Sorgen Potsdams reine Luxusprobleme.“

Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:

Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind amtliche Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal www.wegweiser-kommune.de.

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de